Abschätzung möglicher Entwicklungen in den Ländern der EU und in Deutschland, wenn TTIP mit ISDS abgeschlossen würde -1



Vorwort:

Die vielen und stark differierenden Meldungen, Ansichten und Prognosen von beiden Seiten des Atlantiks und die bekannt gewordenen Erwartungen großer internationaler "Investoren" und Finanztrusts machen es schwer, die zu erwartende Zukunft für die Länder der EU unter einem Handelsabkommen TTIP mit den USA abzuschätzen. Daher werden nachfolgend verschiedene Studien und die Erfahrungen der Länder des "NAFTA"-Abkommens (Mexiko, USA und Kanada) nach 20 Jahren Praxis verglichen und daraus ein realistisch erscheinender Schluss gezogen.

Aus den Studien und dem Erfahrungsbericht NAFTA:

Auftragsstudien von Bertelsmann/ifo und des CEPR, London, von 2013

- * nur 0,5% Wachstumsprognose in 15 Jahren sowie
- * ca. 400.000 1.300.000 neue Arbeitsplätze in der EU, (davon bis zu 200.000 in Deutschland)
- * Anstieg der Exporte deutscher Firmen in die USA.
- * CEPR-Studie prognostiziert langfristig um 2% höhere Löhne (bei einem 4-Personenhaushalt durch TTIP-Wirkung bis zu 545 EUR jährlich mehr verfügbares Einkommen.

(Diese Entwicklung wird mit höheren Exporten Deutschlands begründet.)

Aktualisierung: 26.03.2015

Nach massiven Vorwürfen seitens Thilo Bode von foodwatch Germany gaben sowohl die wirtschaftsliberale Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) als auch der BDI zu, ihre Wachstumsprognosen zu TTIP in ihren Publikationen massiv aufgebauscht zu haben. Die INSM hat in ihrer Broschüre "12 Fakten zu TTIP" ein jährliches Zusatzwachstum von bis zu 119 Mrd EUR für die EU angegeben. Tatsächlich wurde diese Summe für den Zeitraum von 10 Jahren ermittelt. Also sind das folglich nur 12 Mrd/Jahr oder 0.05% Zusatzwachstum für die EU – und das auch nur unter besonders optimistischen Annahmen. In der gleichen Broschüre wurde – aus diesem hohen Falschwert abgeleitet – dann ein möglicher Einkommenszuwachs je Haushalt bei einer vierköpfigen europäischen Familie von durchschnittlich 545 EUR pro Jahr angegeben. Doch auch dieser Wert ist der Gesamtzuwachs auf 10 Jahre gerechnet, so dass durchschnittlich pro Jahr rechnerisch nur 54,40 EUR an Einkommenszuwachs zu erwarten wäre.

Ebenfalls wurden die Prognosen für die zu_erwartenden Arbeitsplatzentwicklungen auf der Basis der ifo-Studie von INSM aufgebauscht: "110.000 Arbeitsplätze zusätzlich allein in D" ist eines der Szenarien, welche die ifo-Prognose beschreibt. Die anderen, wesentlich geringeren Alternativen ließ man bei der INSM unbeachtet. In ihrer geringsten Schätzung kommt die Ifo-Prognose auf nur 2.100 neue Jobs in Deutschland. Auch der BDI hat mit der Angabe der Wachstumseffekte um den Faktor 10 zu hoch gegriffen. Er setzte jährlich ca. 100 Mrd. Volumenzuwachs des Handels der EU mit den USA an. Es werden jedoch maximal 12 Mrd EUR/Jahr prognostiziert, also nur 0,05% der Handelsvolumens der EU.

Diese korrigierten Zahlen unbeachtet, bleiben die CDU und der DIHK weiterhin dabei, die weit überhöhte Interpretation der ifo-Studie als zutreffend zu verwenden.

Real sind keine Vorteile für die Länder der EU und ihrer Bürger zu erwarten. Vielmehr stehen große Risiken für die EU-Länder – und auch für Deutschland – an, da bei völliger Freigabe aller Handelsbereiche zahlreiche Branchen und Wirtschaftszweige in Existenznöte kämen. Somit erlangen die kritischeren und stärker abwägenden Prognosen der nachfolgend aufgeführten Organisationen und die Ergebnisse aus der "NAFTA"-Erfahrung eine noch zunehmende Bedeutung.

Studie der ÖSFE, Wien, März 2014:

Diese Studie vergleicht mehrere zum Thema erstellte Prognosen und untersucht deren Plausibilität hinsichtlich der verwendeten Daten und Faktoren. Dann kommt sie unter Anwendung international üblicher Regeln bei solchen Prognosen zu einer eigenen Aussage.

Die ÖSFE-Studie kommt zu folgenden Prognosen nach 10 Jahren für die EU:

- * 0,4 bis 1,1 Mio Arbeitslose
- * 5 14 Mrd EUR Unterhaltskosten für die Sozialsicherung dieser Personen
- * 4 10 Mrd EUR Einnahmeverluste der EU durch fehlende Lohnabzüge
- * 2% Einnahmeverluste am EU-Haushalt, auf 10 Jahre gerechnet min. 20 Mrd EUR
- * Verringerung der Handels innerhalb der EU um 30% in 10 Jahren

Studie Tufts University, Medford, USA, Oktober 2014:

prognostiziert nach einer Laufzeit von 10 Jahren für die EU:

- * bis zu 600.000 Arbeitslose, davon in D ca. 130.000
- * sinkende Einkommen der Arbeitnehmer der EU, zwischen 165 und 5000 EUR/Person u. Jahr
- * Schwächung der Wirtschaftskraft der EU, da weniger Einnahmen
- * Erhöhte Anfälligkeit im Falle künftiger "Erschütterungen" wie bei der Immobilienkrise 2008/2009, und noch schutzloseres Ausgeliefertsein, durch die enge Bindung an die US-Wirtschaft

Auswertung der "Erfolge" der Länder des "NAFTA"-Freihandesabkommens:

(Auszüge aus PUBLIC CITIZEN, Washington, "NAFTA's Broken Promises") nach 20 Jahren Laufzeit ergaben sich Ende 2013 folgende Aussagen: **USA:**

- * 1 Mio Arbeitsplätze in der Wirtschaft gingen verloren.
- * gesunkenes Lohnniveau um ca. 20%, besonders betroffen war der Niedriglohnbereich 170.000 bäuerliche Familienbetriebe mussten aufgeben
- * erhöhte Zuwanderungszahlen aus Mexiko 700.000/Jahr ab 2000 (vorher 200.000)
- * kein Beschäftigungszuwachs bei den Konzernfirmen, die vorher damit warben
- * Exportrückgänge von Dienstleistungen, in den ersten 10 Jahren um 58% unter die Werte der vor-NAFTA-Zeit. In den Folgejahren erholten sich die Zahlen etwas, erreichten aber bis heute nicht die Werte vor NAFTA.
- *ISDS-Verfahren haben den U.S.-Steuerzahler schon 340 Mio USD gekostet und weitere 14 Verfahren mit einem Wert von 12,3 Mrd USD sind noch in Verhandlung.

Kanada:

* Verlust von 200.000 Arbeitsplätzen, jahrelang stagnierende Löhne

ständige Bedrohung, Betriebe nach Mexiko zu verlagern, wenn Lohnforderungen kanadischer Gewerkschaften erhoben wurden.

* Anstieg der Lebenshaltungskosten währenddessen

Mexiko:

- * für 2,5 Mio Menschen Verlust der Existenzgrundlage auf dem Land.
- * Gleichzeitiger Anstieg der Grundnahrungsmittelpreise um 50% in den ersten 4 Jahren von NAFTAführte in ländlichen Gegenden zu Hungersnöten.
- * Landflucht, Menschen flohen in die Slums der Großstädte
- * Erhebliche illegale und legale Zuwanderung in die USA, ab 2000 jährlich offizielle 700.000 Übersiedler sowie Hunderttausende illegale Zuwanderer

Arbeitsplätze in Mexiko im Rahmen von Verlagerungen aus Kanada und USA entstanden aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit zu Niedrigstlöhnen und schlechten sozialen Bedingungen. Ihre Gesamtzahl war viel zu gering, um die verarmten Massen zu beschäftigen.

Schlussfolgernde Bewertung der Aussichten für die Länder der EU sowie Deutschland:

Die zu erwartenden negativen Einflüsse auf die Beschäftigung bestimmter Bereiche der EU, deren Wettbewerbsfähigkeit bei völlig freiem Warenverkehr verschlechtert würde, müssen berücksichtigt werden.

Standard-Angleichung heißt erfahrungsgemäß, dass höhere Standards "abgeschliffen" werden, damit sie kompatibel werden.

Das würde für Deutschland als Standort von hoch entwickelter Technologie, Wirtschaft und Forschung den Verlust von Wettbewerbsvorteilen bedeuten. Der Verlust vieler Arbeitsplätze wäre unter diesen Umständen vorhersehbar. Durch diese verstärkte Wettbewerbssituation, auch durch unterschiedlicher Produktions- und Lohnnebenkosten der Länder untereinander, wäre eine Schwächung der Durchsetzungskraft arbeitnehmerischer Forderungen und Teilhabe am erarbeiteten Wertevolumen zu erwarten. Die Umverteilung von unten nach oben in Deutschland würde sich beschleunigen. Die Einkommen der abhängig Tätigen in Deutschland würden als Folge davon sinken bzw. stagnieren, besonders bei den Niedrigqualifizierten, aber keineswegs nur bei ihnen.

Hinzu käme die Gefahr eines massiven Verlustes bäuerlicher Existenzen, da in den USA die Form der mechanisierte Großflächenwirtschaft betrieben wird. Die übrige kleinteilige Landwirtschaft wäre nicht mehr lebensfähig. Die sorgsam ausgeklügelte EU-Agrarmarktordnung würde zerstört. Wir sehen schon jetzt – an dem Beispiel der aus "Liberalisierungsgründen" ab 2016 wegfallenden "Milchquote" – welche Wirkungen für die Landwirtschaft in großem Maße zu erwarten wären: Klein- und Mittelbetriebe wären chancenlos dem Angriff der Agrar-Industriekonzerne ausgeliefert und in ihrer Existenz bedroht.

TTIP würde die EU und somit auch Deutschland in die Abhängigkeit der USA führen. Die noch stärkere Verarmung der unteren Einkommensgruppen in Deutschland wäre zu erwarten. Über Schiedsgerichtsklagen von Konzernen gegen Staaten an privaten Schiedsgerichten (ISDS-Klagen) würde der deutsche Steuerzahler für fiktive Verluste große Summen aufbringen müssen. Die unkonventionelle großflächige Kohlenwasserstoff-Förderung, gegen den Willen der großen Mehrheit der Bevölkerung würde erzwungen. Nur die Großkonzerne und die Finanzvermögen hätten Vorteile aus einer rechtsstaatfreien Möglichkeit des Wirtschaftens, zum Nachteil der Staaten und ihrer Bürger. Die viel beschworenen "Chancen für die Klein- und Mittelstands-Unternehmen (KMU) unter TTIP" sind Schönfärberei. Die zahlreichen realen Hürden für KMU-Unternehmen, in einem anderen Land -mit einer anderen Unternehmenskultur - Fuß zu fassen, würden kaum geringer werden. Auch die finanziellen Risiken für KMU bei solchen Aktionen würden enorm hoch bleiben. Die evtl. wegfallenden Zölle und begleitenden Formalitäten sind nur ein kleiner Teil der Schwierigkeiten.

AK Fracking Braunschweiger Land (www.ak-fracking.de)

Quellen:

http://www.foodwatch.org/de/informieren/schutzatmosphaere/aktuelle-nachrichten/falschinformationen-ueber-ttip-offener-brief-an-vda-chef /? sword_list[0]=ins&sword_list[1]=korrigiert&sword_list[2]=falschinformation&sword_list[3]=über&sword_list[4]=ttip.vom 13.03.15 "Auch INSM korrigiert Falschinformationen über TTIP"

http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/ttip-und-freihandel/ttip-zahlen-zum-wirtschaftswachstum-geschoent-13486534.html vom 17.03.15 "Wie die Befürworter TTIP schönrechnen" von Maximilian Weingartner

http://www.umweltinstitut.org/aktuelle-meldungen/meldungen/ttip-wachstumsprognosen-aufgebauscht.html vom 17.03.2015 "Argumentation der TTIP-Befürworter bricht zusammen: BDI und INSM haben Wachstumsprognosen massiv aufgebauscht"

http://www.neues-deutschland.de/artikel/964726.ttip-als-luftnummer.html... vom 13.03.15 "TTIP als Luftnummer Nach dem BDI räumt nun die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft Fehler ein".

Studie ÖSFE, Wien März 2014 "Assessing the Claimed Benefits of TTIP"

http://www.guengl.eu/uploads/plenary-focus-pdf/ASSESS_TTIP.pdf

Studie Tuft's University, Medford MA, USA Oct,.2014 "The Trans-Atlantic Trade and Investment Partnership" Jeronim Capaldo www.ase.tufts.edu/gdae/Pubs/wp/14-03CapaldoTTIP.pdf

Public Citizen, Washington D.C., USA "NAFTA's Broken Promises –Outcomes of the North American Free Trade Agreement 1994 - 2013" https://www.citizen.org/documents/NAFTAs-Broken-Promises.pdf